



Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland

Kommunikation, Presse, Öffentlichkeit

Berlin, 16. Januar 2003

Zeichen: Z1
Telefon: 611
Telefax: 608
mail: presse@kmk.org

Sekretariat der
Kultusministerkonferenz
Lennéstraße 6
53113 Bonn

Postanschrift:
Postfach 2240
53012 Bonn

Telefon:
(0228) 501-0
Telefax:
(0228) 501-777

Internet:
www.kmk.org

Berliner Büro
im Wissenschaftsforum
am Gendarmenmarkt
Markgrafenstraße 37
10117 Berlin

Telefon:
(030) 25418-400
Telefax:
(030) 25418-451

**Rede der Ministerin für Wissenschaft, Forschung
und Kunst des Freistaates Thüringen,**

Frau Professor Dr. Ing. Dagmar Schipanski,

**anlässlich der Übergabe
der Präsidentschaft der Kultusministerkonferenz**

**am 16. Januar 2003
im Festsaal des Bundesrates in Berlin**

Sperrfrist: 16. Januar 2003, 12.00 Uhr

– Es gilt das gesprochene Wort –

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Konrad Adenauer pflegte regelmäßig zu sagen: „**Die Lage war noch nie so ernst!**“

Rückblickend auf das vergangene Jahr würde ich lieber folgende Formulierung wählen:

2002 zählt ohne Zweifel zu den denkwürdigsten und anstrengendsten, zugleich aber auch zu den produktivsten Jahren in der Geschichte der Kultusministerkonferenz seit ihrer Gründung.

Keine Untersuchung hat die Bildungslandschaft in Deutschland derart aufgerüttelt wie PISA und der Ländervergleich PISA-E. So enttäuschend die Befunde auch ausgefallen sind: Die Untersuchungen bieten **die einmalige Chance, das deutsche Schulsystem konsequent auf Qualität, Transparenz und Leistung auszurichten.**

Dieses anspruchsvolle Ziel haben wir uns in der Kultusministerkonferenz gesetzt. Wir wollen und werden im internationalen Vergleich wieder ganz oben mitspielen. Es geht uns dabei weniger um die Reputation unseres Schulwesens – sondern vielmehr um unsere Schülerinnen und Schüler. Ihre Lebenschancen hängen im Zeitalter der Globalisierung mehr denn jemals zuvor von der Qualität der Bildung und Ausbildung ab, die sie genossen haben.

PISA hat uns – um im Bild zu bleiben – schonungslos verdeutlicht, in welcher Schiefelage das deutsche Schul- und Bildungssystem sich befindet. Dass nicht überall alles zum Besten bestellt war, wurde zwar schon lange vor PISA kritisiert.

Doch nun hat sich dank PISA die gesamte deutsche Öffentlichkeit über Monate hinweg ausführlich und intensiv mit den Themen Schule und Erziehung beschäftigt.

Was der damalige Bundespräsident Roman Herzog 1997 postulierte, ist heute der Fall: Bildung ist **das Megathema** in Deutschland geworden. Die Bildungspolitik nimmt endlich jenen Stellenwert auf der politischen Agenda ein, der ihr meines Erachtens längst hätte zukommen müssen. Gut ein Jahr nach PISA lässt sich feststellen: **Der Schock ging tief, aber er ist heilsam.**

Eines sei an dieser Stelle auch bemerkt: In der journalistischen Darstellung ist leider allzu oft vergessen oder aber auch verschwiegen worden, dass die Länder – und nicht der Bund – die Beteiligung Deutschlands an der internationalen OECD-Studie veranlasst haben.

Die Kultusminister haben nach dem Vorliegen von PISA sofort reagiert und ein **Umsteuern des Schulsystems eingeleitet.**

Im Nachhinein ist manche unsachliche Kritik von Seiten des Bundes wohl vor allem mit dem Bundestagswahlkampf zu erklären.

Wer dabei eine Schwächung der Kultusministerkonferenz intendierte, hat möglicherweise zu ihrer Stärkung beigetragen.

Denn die Kultusministerkonferenz hat sich nicht zuletzt wegen ihrer Geschlossenheit und Einmütigkeit im vergangenen Jahr als fester Anker im Bildungsföderalismus bewährt. Sie hat die Herausforderung entschlossen angepackt und die Qualitätssicherung an den Schulen entschieden vorangetrieben.

Ich danke meinen Kolleginnen und Kollegen aus den Ländern insbesondere dafür, dass

wir in einer bemerkenswerten Einmütigkeit rasch zu tragfähigen Entscheidungen gelangt sind.

Ich betrachte es als den größten Erfolg des Jahres, dass sich die Länder auf die Einführung allgemeinverbindlicher Bildungsstandards für alle Schulformen verständigt haben.

Vorsorglich möchte ich hier allerdings eine Warnung aussprechen:

Ein derart anspruchsvolles und umfassendes Vorhaben wie die Reform des Bildungssystems lässt sich nicht in wenigen Monaten erreichen.

Wer dies suggeriert, ruft bei Schülern, Eltern, Lehrern, Hochschulen und Unternehmen nur neue Enttäuschungen hervor.

Unsere Kinder und Jugendlichen sollen schließlich bestmöglich auf ihre persönliche Lebensführung und auf eine aktive Teilnahme am gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben vorbereitet werden. Die Wirkungen des neuen Konzepts wollen deshalb sorgfältig bedacht sein.

Nichts wäre schädlicher als Schnellschüsse, die mehr Unheil anrichten, als sie nachhaltig Positives bewirken.

Wir dürfen in diesem Zusammenhang nicht übersehen, dass PISA und PISA-E uns zwar eine Reihe von wertvollen Hinweisen geben. Sie liefern aber keine einfachen Ursache-Wirkungs-Mechanismen und stellen erst recht keine politischen Handlungsanweisungen bereit.

PISA hat uns noch einmal deutlich gemacht, wie wichtig es ist:

- die Freude** der Schülerinnen und Schüler **am Lesen** zu wecken,
- sie in der Schule – unabhängig von ihrer sozialen Herkunft – zu **fördern, aber auch zu fordern**,
- sich eher **auf die Ergebnisse zu konzentrieren** und weniger auf die formalen Rahmenbedingungen des Bildungswesens,
- die **Schulen** mit der notwendigen **Autonomie** auszustatten und ihnen mehr Freiraum zur pädagogischen Entfaltung zu geben,
- sie aber zugleich für die **Resultate der Bildungsprozesse verantwortlich** zu machen.

Die Kultusministerkonferenz hat zur Qualitätssicherung in Schulen im vergangenen Jahr eine Reihe von Initiativen ergriffen, von denen ich an dieser Stelle nur die wichtigsten herausgreifen will:

Bereits im Februar 2002 haben wir beschlossen, die **Bildungsberichterstattung** künftig nicht mehr nur in einem deskriptiven Zahlenwerk vorzulegen.

Es erfolgt in Zukunft eine systematische, umfassende und kontinuierliche Darstellung der gesamten Entwicklungen im Bildungswesen.

Im Mai 2002 – also vor der Veröffentlichung des internen Ländervergleichs – hat die Kultusministerkonferenz beschlossen, länderübergreifende **Bildungsstandards** zu vereinbaren.

In landesweiten Orientierungs- oder Vergleichsarbeiten wird überprüft werden, in welchem Umfang die Standards erreicht werden. Darüber hinaus sollen auf der Grundlage der Standards Aufgabensammlungen aufgebaut werden, die den Schulen zur Verfügung stehen. **Aus meiner Sicht ist dies der Kerngedanke des Umsteuerns im Schulbereich überhaupt: Die Prozesse der Schulentwicklung müssen für alle Beteiligten transparent und objektivierbar sein.**

Es ist zu erwarten, dass dies zu einer spürbaren Entlastung im Berufsalltag der Lehrerinnen und Lehrer führen wird. **Die Qualitätssicherung ist keineswegs als Kontrollmittel „von oben“ gedacht. Sie ist vielmehr ein Instrument der Selbstbestimmung und dient damit der Einschätzung der eigenen Leistung.**

Bei der Würzburger Konferenz im Oktober 2002 hat die Kultusministerkonferenz zudem beschlossen, die Einhaltung der Standards regelmäßig durch eine unabhängige wissenschaftliche Einrichtung überprüfen zu lassen.

Im Blick zurück wird deutlich: Im Jahr 2002 sind in der Bildungspolitik zahlreiche wichtige Veränderungen auf den Weg gebracht worden. **Das Ziel ist klar: Qualitätsverbesserung in der Bildung wird als gemeinsame Aufgabe und im Wettbewerb aller Länder am besten erreicht.**

Neben den bildungspolitisch zentralen Entwicklungen im Schulbereich kann ich schon aus Zeitgründen in dieser Jahresbilanz auf die anderen Säulen der Arbeit der Kultusministerkonferenz – Hochschule und Kultur – nur cursorisch eingehen. Doch auch in diesen Bereichen haben wir wichtige Ergebnisse vorzuweisen.

Bei der Entwicklung im **Hochschulbereich** verweise ich vor allem auf die **Bachelor- und Masterstudiengänge**, die sich an den Fachhochschulen und Universitäten fest

etabliert haben. Seit 1998 haben die Hochschulen die Möglichkeit, gestufte Studiengänge anzubieten.

Sowohl die Anzahl der eingerichteten Studiengänge – zwischenzeitlich sind es mehr als 1.000 – als auch ihre Ausgestaltung zeugen von einer äußerst dynamischen Entwicklung an unseren Hochschulen.

Mit der Innenministerkonferenz konnten wir uns darauf verständigen, dass auch der an einer Fachhochschule erworbene Masterabschluss für den höheren öffentlichen Dienst qualifizieren kann, wenn im Akkreditierungsverfahren eine entsprechende Feststellung getroffen wird. Damit ist es erstmals gelungen, einen **Fachhochschulabschluss dem höheren öffentlichen Dienst zuzuordnen**. Für die Akzeptanz der neuen Abschlüsse ist dies ein nicht zu unterschätzendes Signal.

Die Einführung der neuen Studiengänge und Abschlüsse bedarf besonderer Maßnahmen hinsichtlich der Qualitätssicherung. Mit der Akkreditierung wird Studierenden und Arbeitgebern eine verlässliche Orientierung gegeben.

Gleichzeitig wird die internationale Zusammenarbeit transparenter.

Inzwischen verfügen sieben Agenturen über die Berechtigung, das „Gütesiegel“ des Akkreditierungsrats zu vergeben.

Nach Abschluss der Erprobungsphase und positiver Evaluation durch eine international besetzte Gutachtergruppe hat die Kultusministerkonferenz die Akkreditierung in Deutschland auf eine organisatorisch gesicherte Basis gestellt. Das Statut für ein länder- und hochschulübergreifendes Akkreditierungsverfahren ist zum Jahresbeginn in Kraft getreten. Es basiert auf der Konzeption, einen unabhängigen Akkreditierungsrat neben selbstständige, teilweise in Konkurrenz stehenden Akkreditierungsagenturen zu

stellen. Das Akkreditierungsgeschehen wird auch in Zukunft durch eine Mehrzahl unterschiedlicher Agenturen wahrgenommen, deren Aufgabe die Begutachtung der Studiengänge in einem transparenten und fairen Verfahren ist.

Zu den Aufgaben der zentralen Akkreditierungseinrichtung gehören die Akkreditierung von Agenturen und die Definition der Mindestanforderungen an die Verfahren.

Weitere Fortschritte konnten auch im **Bologna-Prozess** mit Blick auf den europäischen Hochschulraum erzielt werden. Bund und Länder kooperieren eng bei der Vorbereitung der **nächsten Konferenz auf Ministerebene, die am 18./19. September 2003 in Berlin** tagen wird. In einem Berlin-Kommunique wollen die Teilnehmer eine Erklärung zur Fortführung des Bologna-Prozesses verabschieden. Hier werden die Themen Qualitätssicherung, Anerkennung und Gebrauch von Credits, strukturierte Doktorandenausbildung und europäische Abschlussgrade eine besondere Rolle spielen.

Bei ihrer 300. Sitzung am 5. Dezember in Bonn hat die Kultusministerkonferenz ein **Grundsatzpapier** über die Bedeutung und die Leistungen der **Hochschulen für die Gesellschaft** verabschiedet. Denn die Hochschulen sind mit ihrer Forschungsarbeit der Motor für die wirtschaftliche, soziale und intellektuelle Entwicklung unseres Landes.

Auch wenn die Öffentlichkeit das Augenmerk auf den Schulbereich legt: An den Hochschulen vollzieht sich eine grundlegende Entwicklung zu mehr Eigenverantwortung, Qualitätssicherung und Flexibilität.

Im Wettbewerb um die besten Wissenschaftler und die talentiertesten Studenten müssen sich die Hochschulen an transparenten Verfahren zur Evaluierung und Akkreditierung beteiligen.

Im Bereich **Kunst und Kultur** hat sich die Kultusministerkonferenz im vergangenen Jahr insbesondere mit dem Kultursponsoring beschäftigt.

Mit den entsprechenden Empfehlungen soll die bestehende Rechtsunsicherheiten bei der steuerlichen Behandlung der Zuwendungen beseitigt werden. Wir haben als Kultusminister darauf hingewiesen, dass eine Anhebung der steuerlichen Abzugsgrenzen für Spenden und Zuwendungen an gemeinnützige Körperschaften als Sonderausgaben unumgänglich ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

das vergangene Jahr stand aber nicht nur im Zeichen von PISA. Nach dem schrecklichen **Amoklauf am Erfurter Gutenberg-Gymnasium** war Deutschland eine Woche lang wie gelähmt. Die ganze Welt nahm Anteil und trauerte mit den Familien und der Schule um die ermordeten Schüler, Lehrer, die Schulsekretärin und den zu Hilfe eilenden Polizeibeamten.

Doch auch Monate später stellen sich die gleichen Fragen wie am Tag des grausamen Verbrechens: Wie kann ein Mensch so etwas tun? – Und:

Wie hätte diese Tat verhindert werden können?

Bundespräsident Johannes Rau hat bei der Trauerfeier vor dem Dom zu Erfurt zu bedenken gegeben:

„Wenn unsere Gesellschaft zusammenhalten soll, wenn unsere Familien, unsere kleinen Gemeinschaften, unsere Schulen, unsere Betriebe, unsere Vereine zusammenhalten sollen, dann müssen wir uns umeinander kümmern.“

Die Schulen wissen um ihren Auftrag, Kinder und Jugendliche zur Achtung ihrer Mitmenschen und zum Engagement füreinander zu erziehen. Aber Schulleitungen, Lehrerinnen und Lehrer wären überfordert, wenn diese Aufgabe alleine übernehmen sollten. **Denn, meine Damen und Herren, die Schule ist kein Reparaturbetrieb für allgemeine gesellschaftliche Fehlentwicklungen.**

Wir alle sind gefragt, für ein aufgeschlossenes Bildungsklima zu sorgen, wir alle müssen dafür sorgen, dass die Unkultur des Wegschauens überwunden wird und die Fürsorge für Menschen in Not nicht als Einmischung abgetan wird.

Wenn wir uns als Kultusminister zu mehr Qualität und Leistung im Schulbereich bekennen, dann vergessen wir dabei nicht **diejenigen Kinder und Jugendliche, die schwächer oder benachteiligt sind. Sie zu fördern und ihnen zu helfen gehört zu den wichtigsten Herausforderungen der nächsten Jahre.**

An die **Medien** appelliere ich, sich selbstkritischer mit ihrer Arbeit und ihren Erzeugnissen zu befassen. Auch acht Monate nach Erfurt können unsere Kinder viel zu oft und viel zu lange Fernsehen konsumieren, sind Gewaltszenen schon vor 20.00 Uhr im Programm.

Ich plädiere nicht dafür, den Heranwachsenden eine heile Welt vorzugaukeln.

Aber gerade das Fernsehen propagiert oft genug die Rücksichtslosigkeit als Erfolgsrezept und zeigt, wie der Clevere mit unsauberen Mitteln den Ehrlichen aussticht.

Ich halte es zudem für skandalös, dass ein privater Fernsehkanal nach einer Schamfrist von nur wenigen Wochen nach Erfurt wieder ungeniert die neuesten Ego-Shooter-Spiele präsentieren darf. Ego-Shooter-Spiele sind Computerspiele, die allein das Ziel verfolgen, möglichst schnell möglichst viele Gegner umzubringen. Das Thema Gewalt in den Medien bleibt also auf der politischen Agenda. Hier erwarten wir als Kultusministerkonferenz wesentliche Verbesserungen von der geplanten **Neuregelung und Verschärfung des Jugendmedienschutzes**.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

das abgelaufene Jahr bot auch einen Anlass zum Feiern:

der Pädagogische Austauschdienst der Kultusministerkonferenz kann auf honorable 50 Jahre internationalen Austausch zurückblicken und veranstaltete dazu am **18./19. November 2002 eine Fachtagung** in Bonn.

Seit der PAD vor 50 Jahren seine Arbeit für den internationalen Austausch im Schulbereich aufnahm, hat er zahlreiche Austausch- und Begegnungsprogramme für Menschen unterschiedlicher kultureller Hintergründe durchgeführt. In jedem Jahr profitieren etwa 35.000 Personen von der Arbeit des PAD: Das sind Ausländer, die zu uns kommen und Deutsche, die wiederum Erfahrungen im Ausland sammeln wollen.

50 Jahre internationaler Austausch – das war für uns nicht nur ein Grund, Bilanz zu ziehen, sondern auch eine Gelegenheit, die Frage nach den Zukunftsperspektiven zu stellen.

Dem internationalen Austausch kommt gerade in den Zeiten von PISA und der

Diskussion über die Zukunft unseres Bildungssystems eine wichtige Rolle zu. Er bietet die Möglichkeit, Einblicke in andere Bildungssysteme zu nehmen.

Er deckt die Stärken und Schwächen des eigenen Systems auf. Damit fördert er nicht zuletzt eine selbstkritische Debatte über unser Bildungssystem.

Der internationale Austausch trägt dadurch auch zur Sicherung und Weiterentwicklung der Qualität an unseren Schulen bei.

Im Rückblick auf das Jahr 2002 bleibt festzuhalten, dass alle wichtigen Entscheidungen für mehr Qualität, Leistung und Transparenz in der Bildung in dem dafür zuständigen Gremium getroffen worden sind – der Kultusministerkonferenz.

Selbst die Bundesbildungsministerin, die vor kurzem noch eine stärkere bildungspolitische Kompetenz für sich und den Bund reklamierte, entdeckt mittlerweile die Vorteile des Föderalismus. Denn Wettbewerb ist gerade in der Bildung ein Motor für Fortschritt.

Ein zentralisiertes System würde den Wettbewerb sofort wieder dämpfen – und den brauchen wir gerade jetzt dringend, um die Entwicklungspotentiale an den Schulen voll auszuschöpfen.

Auch im Hinblick auf die angespannte Finanzlage des Bundes wäre nichts überflüssiger als eine zusätzliche nationale Schulbürokratie in Berlin. Die Kultusministerkonferenz und ihr Sekretariat arbeiten weitaus effizienter und kostengünstiger.

Deshalb bedanke ich mich ganz herzlich für die tatkräftige Unterstützung durch meine Kolleginnen und Kollegen, im Präsidium, aber auch durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Sekretariat.

Ihnen, liebe Frau Wolff, wünsche ich eine glückliche Hand und eine erfolgreiche Präsidentschaft in einem für die Bildungspolitik sicher sehr interessanten Jahr 2003 und reiche hiermit den Staffeln weiter.